

PERSÖNLICH

Alleinstehende sind keine Randgruppe

Sylvia Locher setzt sich für die politischen Anliegen von Singles ein

Alleinstehende Menschen sollen einen gleichwertigen Platz in der Gesellschaft haben und mehr Gehör für ihre Anliegen finden. Das fordert Sylvia Locher, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Frauen und Männer.

Katharina Fontana

Wann immer in der Politik über soziale Absicherungen oder steuerliche Entlastungen diskutiert wird, geht es um Familien, Alleinerziehende, verheiratete oder unverheiratete Paare. Eine Gruppe dagegen wird so gut wie nie erwähnt: jene der Alleinstehenden. Dass alleinstehende Menschen praktisch nicht wahrgenommen werden und ihre Anliegen kaum jemanden interessieren, ist für Sylvia Locher ein Ärgernis, ein altbekanntes. Seit langem schon engagiert sich die 55-jährige Zürcherin im Vorstand und als Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Frauen und Männer dafür, den Forderungen der Alleinstehenden mehr Gehör zu verschaffen.

Gesellschaftliche Solidarität

Gegründet wurde der Verein Mitte der 1970er Jahre von einer Gruppe engagierter Frauen – aus Frustration darüber, dass sie als Ledige in der Gesellschaft als zweitrangig angesehen wurden. «Eine Frau musste Kinder haben oder zumindest einen Ehemann vorweisen können, um anerkannt zu werden. Ledige hatten keinen richtigen Platz. Das hat uns enorm gestört», sagt Sylvia Locher. Auch heute noch gehören der Organisation fast ausschliesslich Frauen an, vor allem ältere. Jüngere fühlten sich nicht angesprochen: «Solange eine Frau noch jung genug ist, Mutter zu werden, kommt sie nicht zu uns.»

Dass sich die Männer rarmachen, erklärt sich Sylvia Locher unter anderem damit, dass sie sich den Problemen, mit denen die Alleinstehenden konfrontiert seien, nicht stellen wollten. Auch sei es ihnen vielleicht etwas peinlich, in einem solchen Verein mitzumachen. Tatsächlich scheint eine gewisse Hemmschwelle zu bestehen, sich für die Anliegen von Singles einzusetzen. So engagieren sich beispielsweise auch ledige Bundespolitikerinnen und -politiker eher für die



Sylvia Locher kennt die Tücken des Single-Lebens.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Interessen der Familien oder Ehepaare als für jene der Alleinstehenden, zu denen sie selber zählen.

Dabei gäbe es nach Sylvia Lochers Auffassung einiges zu tun. Noch immer sei die Rechtsordnung zu stark auf das gängige Ehe- oder Familienbild ausgerichtet und sehe allein aufgrund des Zivilstands Vergünstigungen vor, die nicht nachvollziehbar seien – etwa die Rente für kinderlose Witwen. Auch dass die Gelder häufig mit der Giesskanne verteilt würden und die sozialen Ansprüche in den Himmel stiegen, sei störend. Hier brauche es mehr Eigenverantwortung, gerade auch seitens der verheirateten Frauen.

Den hin und wieder gehörten Einwand, dass sich die Alleinstehenden mit der Gesellschaft zu wenig solidarisch zeigten, lässt Locher nicht gelten. «Wir verursachen relativ wenig Kosten und zahlen immer brav.» So finanzierten Singles mit ihren Steuergeldern Schulen und Bildung mit, davon hätten sie persönlich ja nichts. Auch dass im Todesfall

die Gelder der Alleinstehenden aus der zweiten Säule an die Pensionskassen fielen – während mittlerweile auch Konkubinatspartner eine Rente erhielten –, werde als selbstverständlich angesehen. Bei der Erbschaftssteuer greife der Staat bei den Alleinstehenden, anders als bei Paaren oder Familien, ebenfalls massiv zu. «Wir haben nichts dagegen, dass man Familien oder Ehepaaren hilft, nur möchten wir, dass die Bedürfnisse der Einpersonenhaushalte ebenfalls ernst genommen werden.»

Nicht bedauernswert

Dass Sylvia Locher, gelernte Kauffrau und Bewegungstherapeutin, den grössten Teil ihres Lebens alleine leben würde, hat sich erst im Laufe der Zeit so ergeben. Mittlerweile will sie aber nichts anderes mehr. «Für mich ist es ein Privileg, dass ich alleine sein kann – ich bin der klassische Single», sagt sie. Dennoch weiss sie, dass das Leben alleine mitunter seine Tücken hat. Zum einen gibt

es alltägliche Ärgernisse, etwa dass man als Einzelperson im Restaurant regelmässig am Katzentisch bei den Toiletten oder der Küche placiert wird («das ist kein Klischee!») und in den Hotels mitunter unerhörte Einzelzimmerzuschläge bezahlen muss. Zum andern ist man auf ein starkes soziales Netz angewiesen, will man nicht vereinsamen. Das gelingt nicht allen gleich gut: Sylvia Locher kennt alleinstehende Frauen, die jedem Wochenende mit Panik entgegensehen.

Locher wehrt sich aber dagegen, dass man Alleinstehende als bedauernswerte Randgruppe ansieht. Und sie ärgert sich, wenn man ihnen das Etikett der Bedürftigkeit anhängt. So sei es beispielsweise typisch, dass Einzelpersonen zu Altersnachmittagen eingeladen würden, zusammen mit Senioren und Kranken. «Wir machen fast einen Drittel der Haushalte aus und führen ein ganz normales, unabhängiges Leben. Und dennoch weiss die Gesellschaft nicht, wo sie uns einordnen soll.»

Färbt sich die Waadt rot-grün?

Bei der Waadtländer Regierungsratsersatzwahl kommt es zu einem zweiten Wahlgang

Im ersten Wahlgang der Waadtländer Regierungsratsersatzwahl hat niemand das absolute Mehr erreicht. Die Grüne Béatrice Métraux liegt klar vor dem SVP-Vertreter Pierre-Yves Rapaz. Wird Métraux gewählt, kippt die Regierung nach links.

Christophe Büchi, Lausanne

Bei der Ersatzwahl, die durch den Tod von SVP-Staatsrat Jean-Claude Mermod nötig wurde, hat die von den linken Parteien unterstützte Grüne Béatrice Métraux 54 833 bzw. 45,1 Prozent der Stimmen erhalten. Der SVP-Vertreter Pierre-Yves Rapaz, der offiziell auch von den Freisinnigen und Liberalen unterstützt wurde, kam auf 49 634 oder 40,7 Prozent der Stimmen. Auf Emmanuel Gétaz von der Kleinpartei «Vaud libre», der sich als Kandidat der politischen Mitte profilierte, entfielen 12 416 Stimmen (10,6 Prozent). Das Original Robert Gurtner, der als früherer Rockmusiker unter dem Künstlernamen Ted Robert bekannt ist und praktisch an allen Wahlen teilnimmt, kam diesmal auf 1171 Fans bzw. 0,9 Pro-

zent der Stimmen. Die Stimmbeteiligung betrug 31 Prozent, was zwar nicht gerade viel ist, aber angesichts der Tatsache, dass die SP und die FDP nicht mit eigenen Leuten engagiert waren, auch nicht katastrophal scheint. Doch immerhin geht es bei diesen Wahlen um nichts Geringeres als um die Frage, ob der Kanton Waadt seine bürgerliche Regierungsmehrheit behält oder eine rot-grüne Mehrheit bekommt.

Dass der Zeiger der Waage im ersten Wahlgang auf die linke Seite ausgeschlagen hat, ist nicht überraschend. Zwar haben die bürgerlichen Parteien bei den Nationalratswahlen immer noch klar besser abgeschnitten als die rot-grüne Allianz (44 bzw. 40 Wählerprozente), aber der SVP-Kandidat Rapaz löst bei den Freisinnigen und Liberalen keine grosse Begeisterung aus. Dass er dennoch auf gut 40 Prozent Wähleranteil kommt, kann der Landwirt und Gemeinderat aus Bex im Rhonetal als positive Überraschung verbuchen.

Zentrum als Schiedsrichter

Dennoch spricht die Ausgangslage für den zweiten Wahlgang, der am 18. Dezember stattfindet, eher für einen rot-grünen Erfolg, denn es scheint zumin-

dest auf den ersten Blick nicht klar, woher der SVP-Vertreter Rapaz die nötigen Stimmen holen könnte, um Métraux doch noch zu überholen. Die gut 10 Prozent, die der Kandidat des Zentrums, der Musikmanager Emmanuel Gétaz, auf sich vereinigt, dürften zu einem guten Teil von bürgerlichen Wählern stammen, die nicht für die SVP votieren wollen. Es scheint eher unwahrscheinlich, dass sich diese Leute nun zu Rapaz bekehren lassen. Am Westschweizer Radio warnte Rapaz am Sonntagabend vor einer linken Mehrheit, die dem Kanton eine Schuldenwirtschaft «wie in Griechenland» verpassen würde. Ob mit solch schrillen Tönen die Wahl noch zu gewinnen ist, bleibe dahin gestellt.

Im März wird neu gewählt

Die grosse Frage ist weiterhin, wie gut die beiden Lager im zweiten Wahlgang ihre Gefolgschaft mobilisieren. Die bürgerlichen Parteien werden grosse Arbeit leisten müssen, wenn sie die rot-grüne Mehrheit verhindern wollen. Ein Teil der Bürger könnte sich darauf verlassen, dass im März ohnehin ordentliche Kantonalwahlen anstehen und dann die Karten neu gemischt werden.

IN KÜRZE

Aargauer führen Hundegesetz ein

(sda) · Wer im Aargau künftig einen potenziell gefährlichen Hund halten will, muss eine Prüfung ablegen und braucht eine Bewilligung. Das hat das Aargauer Stimmvolk am Sonntag mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 75,5 Prozent entschieden. Von den 40 000 im Kanton lebenden Hunden gelten rund 400 bis 500 als gefährlich. Das Hundegesetz sieht kein Verbot von Kampfhunden vor. Die Nachbarkantone Solothurn, Zürich und die beiden Basel beschlossen bereits früher strenge Hundegesetze. Weil im Aargau bisher keine Bestimmungen zu gefährlichen Hunden bestanden, zogen vermehrt Besitzer dieser Tiere in den Kanton.

Cassis verlässt FMH-Vorstand

(sda) · Der Entscheid der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH, gegen die Managed-Care-Vorlage des Parlaments das Referendum zu ergreifen, hat personelle Konsequenzen: Der FDP-Nationalrat und Gesundheitspolitiker Ignazio Cassis verlässt den Zentralvorstand der FMH. Der Vizepräsident des FMH-Zentralvorstands verzichtet auf eine erneute Kandidatur für die Legislatur 2012 bis 2016. Cassis begründet seinen Entscheid mit der Ablehnung der Managed-Care-Vorlage durch die FMH-Basis.

Angst vor radioaktiver Strahlung

(sda) · Im Jahr der Atomkatastrophe in Japan steht die Angst vor einer Atomverseuchung in der Schweiz auf dem zweiten Platz der Bedrohungsszenarien, wie das Angstbarometer des Forschungsinstituts GfS Zürich zeigt. Lag die Angst vor einer nuklearen Katastrophe bei der letzten Befragung noch an siebter Stelle, ist in diesem Jahr nur noch die Angst vor der Luft- und Wasserverschmutzung stärker ausgeprägt. Neben der Angst vor einer Atomverseuchung haben jene vor einer Rezession und vor einer Inflation zugenommen. Dies sei mit einer globalen Unsicherheit auf den Märkten zu erklären.

Bildungsrat Baselland plant Lehrplan

(sda) · In Baselland hat auch künftig nicht das Parlament das letzte Wort bei Stundentafeln und Lehrplänen: Das Volk hat eine Gesetzesänderung, die solche Entscheide des Bildungsrats der Genehmigung durch den Landrat unterstellen wollte, mit 22 631 zu 16 186 Stimmen verworfen. Die Stimmbeteiligung betrug 20 Prozent. Mit dem Nein zur Bildungsgesetzesänderung stellten sich die Stimmberechtigten gegen einen knappen Entscheid des Landrats.

Im Kanton Zug sinken die Steuern

(sda) · Die Zugerinnen und Zuger zahlen künftig weniger Steuern. Mit 17 933 Ja- zu 10 816 Nein-Stimmen hiessen sie am Sonntag die Revision des Steuergesetzes gut, die fast allen gewisse Entlastungen bringt. Die Stimmbeteiligung lag bei 41 Prozent. Die Revision des Gesetzes aus dem Jahr 2001 bringt unter anderem eine Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen. Familien profitieren von grosszügigeren Kinderabzügen, Mieterinnen und Mieter von höheren Mietzinsabzügen. Dass dies hohe Ertragseinbussen für den Kanton zur Folge hat, schreckte die Stimmberechtigten nicht. Im kommenden Jahr fliesen 5,4 Millionen Franken weniger in die Staatskasse, ab 2015 sind es annähernd 30 Millionen Franken.

Novartis-Ausbildungszentrum in Zug

(sda) · Das Pharmaunternehmen Novartis kann direkt am Zugersee ein Ausbildungszentrum bauen. Die Stimmberechtigten haben am Sonntag beiden Vorlagen zum Gut Aabach, also der Änderung des Zonenplans und der Bauordnung sowie dem Bebauungsplan, zugestimmt. Zur Änderung des Zonenplans und der Bauordnung sagten 57,1 Prozent Ja und 42,9 Prozent Nein. Dem Bebauungsplan stimmten 56,9 Prozent zu, 43,1 Prozent lehnten ihn ab. Die Stimmbeteiligung lag bei gut 45 Prozent. Der Gemeinderat zeigte sich erfreut. Die Realisierung des Novartis-Ausbildungszentrums stelle eine grosse Chance für die Gemeinde dar.

Solarpreis trotz Kollegialitätsprinzip

Botschafter nimmt Preis entgegen

(sda) · Die Ehrung der vier Bundesrätinnen mit dem Europäischen Solarpreis hat die Landesregierung in Verlegenheit gebracht. Sie respektierte das Kollegialitätsprinzip nicht. Dank einem Briefwechsel konnte das diplomatische Dilemma gelöst werden; in Empfang nimmt den Preis nun Botschafter Tim Guldemann.

Für die Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien, die den Solarpreis verleiht, kommt der Stellvertreter nicht überraschend. In einem Brief wurde ihr das Kollegialitätsprinzip erklärt, zu welchem sich die Mitglieder der Landesregierung verpflichten. Bundesratssprecher André Simonazzi bestätigte entsprechende Meldungen der Sonntagspresse. Den Preisverleihern sei mitgeteilt worden, die Entscheidungen der Schweizer Regierung würden vom Gesamtgremium getragen.

Die Jury habe dies zur Kenntnis genommen, erklärte Simonazzi. In einer Antwort habe sie erklärt, die Preisverleihung werde das Kollegialitätsprinzip respektieren und daher auch die Rolle der drei übrigen Bundesräte neben Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard, Simonetta Sommaruga und Eveline Widmer-Schlumpf berücksichtigen.